

DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE

Ran an den Sozialstaat



"Her mit dem schönen Leben" - DGB-Jugend beim "Human Table Kicker" während des DGB-Festivals 2002.

(Fotos: DGB)

In Deutschland probt Rot-Grün den Sozialabbau und rüttelt an Grundwerten des Sozialstaates. Partei-Linke mucken bei SPD und Grünen auf - zaghafte allerdings und ohne reale Aussichten auf Erfolg.

Agenda 2010 heißt das neue Maßnahmenpaket, das Bundeskanzler Gerhard Schröder Mitte April aus dem Reformladen zog. Ein harmloser Name für einen Katalog, der es in sich hat: Kürzungen bei den Leistungen für Sozialversicherungen und bei der Arbeitslosenunterstützung, Privatisierung des Krankengeldes, Streichungen anderer Dienste der gesetzlichen Krankenkassen oder Lockerung des Kündigungsschutzes sind nur einige Beispiele in der langen Liste der "Reformen". Wer künftig in Deutschland im Alter von über 55 Jahren seine Arbeit verliert, kann nur noch mit 18 statt bislang 32 Monaten staatlicher Hilfe rechnen, zudem sollen Deutsche nunmehr erst mit 67 Jahren das Rentenalter erreicht haben.

Dass ausgerechnet eine sozialdemokratische Regierung

dem Sozialstaat an den Kragen will, wie es zuvor niemand gewagt hat, scheint die Mehrheit der Deutschen mit Fassung zu ertragen. Kritik kam in den letzten Wochen am lautesten vom linken Flügel der SPD. Als Bruch von Wahlversprechen bezeichnete etwa der inzwischen SPD-intern eher unbeliebte Oskar Lafontaine die Agenda 2010. "Wir müssen wieder klar machen, warum das S in unserem Parteienamen vorne steht", so Lafontaine am vergangenen Donnerstag auf dem Kleinen Parteitag der SPD-Saar. Überhaupt scheinen sich die Genossen im Saarland innerhalb der SPD die größten Sorgen um den Stand der sozialen Werte zu machen.

Als einer der Wortführer der aufmüpfigen SPD-Linken tritt Ottmar Schreiner auf. Der Saarländer Schreiner, Bundes-

tagsabgeordneter und Vorsitzender der "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" tingelt durch Talkshows und gibt reihenweise Interviews in der Presse. Vor 25 Jahren legte sich der heute 57-Jährige mit Gerhard Schröder im Kampf um den Jusovorsitz an - und verlor. Unter anderem deshalb werden ihm heute persönliche Motive als Gründe für seinen Kampf gegen die Agenda 2010 unterstellt. Auch parteiintern. Es ginge um "persönliche Verletzungen und fehlendes Vertrauen", stellt die SPD-Hoffnungsträgerin und Partei-Vorsitzende in Baden-Württemberg, Ute Vogt, fest. "Ich beobachte, dass für einige, die seit Jahrzehnten miteinander Politik machen, nicht nur das Jetzt und Heute eine Rolle spielt", so Vogt im Interview mit dem Südkurier. Solch lapidare Kommentare stehen

exemplarisch für die Debatte in der SPD. Hier und heute - das heißt vor allem: Machterhalt. Die inhaltliche Debatte wird hinten angestellt.

S für Sozialabbau

Dort, wo sie stattfindet beschränkt sie sich auf das Beklagen der wirtschaftspolitischen Fehlleistungen. An eine fundamentalere Diskussion über Grundwerte der Arbeitsgesellschaft wagen sich weder Sozialdemokraten noch andere Teile der Linken in Deutschland heran. Das von SPD-Linken anberaumte Mitgliederbegehren geht da nicht viel weiter. Im Gegenteil. "Wir sind die Partei!" so der Titel des Papiers, in dem in sieben Punkten für nichts anderes als herkömmliche sozialdemokratische Grundwerte geworben wird.

Als besonders radikal kann das Pamphlet indessen nicht bezeichnet werden. "Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit" heißt es eingangs und: "Wir stehen für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates". Doch wenn solche Forderungen oder etwa der Verweis auf die Notwendigkeit von starken Gewerkschaften innerhalb der SPD vorgetragen werden, können sich die Genossen mittlerweile ohne rot zu werden abwenden. Für das Mitgliederbegehren bedürfte es rund 70.000 Unterschriften, damit über die Positionen des Begehrens in der Partei abgestimmt werden muss. Inzwischen ist es höchst unwahrscheinlich, dass bis zum Stichtag am 11. Juli auch nur annähernd so viele Namen

auf den Listen stehen werden. Noch unwahrscheinlicher ist es allerdings, dass sich danach die erforderliche Mehrheit der Parteimitglieder hinter die Forderungen stellt.

"Niemand will den Kanzler stürzen", versicherten einige Initiatoren des Mitgliederbegehrens nach dem lautstarken Schlagabtausch in den Medien in einem Brief eilig an die Parteiführung. Inzwischen rechnet auch die Parteispitze damit, dass die Reformagenda - möglicherweise nach einigen kosmetischen Korrekturen - auf dem SPD-Sonderparteitag am 1. Juni bestätigt wird. "Das ist auch nötig, wenn ich meine Arbeit tun soll", lautet der Kommentar des Parteichefs und Bundeskanzlers. Schröder sprach von Rücktritt - und lässt auch sonst keine Gelegenheit aus, um mit der schwarz-gelben Perspektive zu drohen.

Grüner Reform-Motor

Ein Argument, mit dem auch die Grünen gerne ins Feld ziehen. Unter einer CDU-FDP-Regierung wäre alles viel schlimmer, so das Credo. Unter dem Gebot der dringenden Notwendigkeit der Reformen im Arbeits- und Sozialwesen werben grüne PolitikerInnen aller Flügel für Schröders Projekt. Kritik dringt kaum aus den Parteibunkern, auch die Basis verhält sich erstaunlich ruhig. Zwar gibt es auch vereinzelt Kritik, die nun ebenfalls an einem Sonderparteitag Mitte Juni diskutiert werden soll. In einem Parteitantrag lehnen die Reformgegner unter anderem die Senkung der Arbeitslosenhilfe

Reformzeit in Deutschland

Mit großem Pomp wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dieses Wochenende ihren 140. Geburtstag begehen. Rechtzeitig zum Jubiläum hat die "Partei der sozialen Gerechtigkeit" ein Reformpaket präsentiert, das nichts anderes als den Sozialabbau organisieren soll. So jedenfalls sehen es die Gewerkschaften.

Avis

MINISTERE DES TRAVAUX PUBLICS

**ADMINISTRATION DES BATIMENTS PUBLICS
DIVISION DES TRAVAUX NEUFS**

AVIS D'ADJUDICATION

Le vendredi 20 juin 2003 à 10:00 heures du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des bâtiments publics, 10, rue du St

Esprit à Luxembourg, à l'ouverture de la soumission concernant

la mission de coordination sécurité et santé à exécuter dans l'intérêt du Centre Intégré pour personnes âgées à Dudelange

Envergure:

mission de coordination sécurité et santé dans le cadre des travaux de réalisation du nouveau bâtiment pour le

Centre Intégré pour personnes âgées à Dudelange

Les travaux sont adjugés en bloc à prix forfaitaires.

La durée prévisible de la mission est de 40 mois à compter de septembre 2003.

Les amateurs sont tenus d'introduire leur candidature écrite au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à :

l'Administration des Bâtiments publics
"Soumissions"

Boîte Postale 112
L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 -555

Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration au plus tôt le **jeudi 22 mai 2003.**

Les offres qui sont établies sur des bordereaux qui n'ont pas été retirés à l'adresse indiquée ci-avant ne sont pas prises en considération.

Les pièces conformes aux prescriptions des articles 28 et 29 du règlement grand-ducal du 2 janvier 1989 et portant l'inscription: "**Soumission pour la mission de coordination sécurité et santé dans l'intérêt du CIPA à Dudelange**" doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Luxembourg, le 19 mai 2003
La ministre des Travaux publics
Erna Hennicot-Schoepges

MINISTERE DES TRAVAUX PUBLICS

**ADMINISTRATION DES PONTS ET CHAUSSÉES
DIVISION CENTRALE DE LA VOIRIE**

SERVICE ELECTRO-MÉCANIQUE

FONDS DU KIRCHBERG

AVIS D'ADJUDICATION PUBLIQUE

Le vendredi, 6 juin 2003, il sera procédé à 11.00 heures aux bureaux du Service Electro-Mécanique 25, rue du Chemin de Fer à L-8057 Bertrange à l'ouverture de la soumission relative aux:

aux travaux d'installation de nouveaux équipements d'éclairage dans l'intérêt de

l'aménagement du plateau du Kirchberg

Les cahiers des charges sont à la disposition des intéressés audit bâtiment les jours ouvrables de 9 à 11.30 heures.

Les intéressés sont tenus de présenter leurs concessions (basse et moyenne tension) dûment prorogées pour l'année en cours.

Les soumissions sont à remettre à l'Administration des Ponts et Chaussées Service Electro-Mécanique à l'adresse susmentionnée, conformément aux stipulations du cahier général des charges du 2 janvier 1989.

Luxembourg, le 24 mai 2003.
La ministre des Travaux publics
Erna Hennicot-Schoepges

www.w o x x . l u

**Voyages Sotour
La Bourse aux Voyages
www.sotour.com**

auf Sozialhilfeniveau, die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Finanzierung des Krankengeldes allein durch die Arbeitnehmer ab. Führende Grüne räumen ihnen jedoch keine Chance ein. "Wir halten strukturelle Reformen für unabdingbar", sagte Grünen-Chefin Angelika Beer. Wer Reformen grundsätzlich für überflüssig halte, sei den Problemen nicht gewachsen.

"Wir ziehen an einem Strang", sagt auch Katrin Göring-Eckhardt stolz. Die Fraktions-Vorsitzende nutzte im Interview mit der Süddeutschen Zeitung Ende April die Gelegenheit, um den Gewerkschaften in der Debatte die Rolle der Blockierer zuzuspielen. "Die Abwehrhaltung der Gewerkschaft birgt die Gefahr, dass sie in Lobbypolitik für Arbeitsplatzinhaber erstarren", stellt Göring-Eckhardt fest. Tatsächlich hatten vor allem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DBG) und verdi gegen die Agenda 2010 mobil gemacht. Und selbst an der traditionellen Solidarität mit den sozialdemokratischen Parteigenossen gerüttelt. DGB-Chef Michael Sommer warnte Anfang Mai vor einem "Bruch" zwischen SPD und Gewerkschaften. Als "Wortbruch" bezeichnete Sommer Schröders Reformpläne. "Sie widersprechen in weiten Teilen der Koalitionsvereinbarung und dem SPD-Wahlprogramm", so Sommer im Interview mit der Tageszeitung "Die Welt". Für den Fall, dass sich Rot-Grün darauf einließe, den Forderungen der CDU/CSU nachzugeben und im Bundesrat die Tarifaufhebung zu beschneiden, kündigte Sommer "Massenproteste" an (siehe Interview).

Doch nachdem innerhalb der Syndikate die Einheitsfront bröckelte, rudert man auch hier zurück. Rund fünf Millionen Euro will der DGB investieren, um in einer groß angelegten Kampagne unter dem Titel: "Menschlich modernisieren, gerecht gestalten. Das machen wir" für seine Vorstellungen von Reformen zu werben. Es sei dies keine Kampagne gegen die

Regierung, betonte jedoch DGB-Sprecher Hilmar Höhn gegenüber dem "Spiegel". Es ginge darum, für eine "aktivere Wirtschaftspolitik", eine "vernünftige Reform der Sozialsysteme" und den Erhalt oder gar die Stärkung der Tarifaufhebung einzutreten.

Inzwischen feilt auch die SPD-Spitze weiter an Detailfragen der Agenda, um ein Scheitern möglichst von vornherein auszuschließen. Was könnte besser dazu geeignet sein, als ein neues Schlagwort in die Runde zu bringen, dessen Bedeutung auf den ersten Blick ebenso verborgen bleibt wie die der inzwischen so prominenten Agenda 2010? IWAN heißt das SPD-Konzept, die Abkürzung steht für "Innovation, Wachstum, Arbeitsplätze, Nachhaltigkeit". Ein Name, den der Kanzler jedoch "sowas von dämlich" fand, dass er unverzüglich eine Umbenennung anordnete. Nun heißt das Programm "Weg zu einem neuen Fortschritt". Ob sich jetzt die nicht sehr wohlklingende Abkürzung "wzenf" durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Danièle Weber



Dicke Luft in den Chefetagen (links Bundeskanzler Gerhard Schröder, rechts DGB-Chef Michael Sommer): Der deutsche Gewerkschaftsbund geht auf Konfrontation mit der traditionellen Verbündeten in der Politik, der SPD.

INTERVIEW

"Ich will eine andere Politik"

DGB-Chef Michael Sommer über das Verhältnis des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Sozialdemokratischen Partei. Als Reformblockierer will sich der Vorsitzende des DGB nicht sehen.

Welche Punkte ärgern Sie am meisten an der Agenda 2010?

Ach, ärgern ... Die Agenda leistet unseres Erachtens keinen Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Sie beantwortet die Probleme der Wirtschaft mit Sozialabbau. Sie wird die Lebenssituation von Arbeitslosen, von sozial Schwachen wirklich verschlechtern und zu sinkenden Nettolöhnen führen. Das ist der falsche Weg. Und das ist das Gegenteil von dem, wofür Bundeskanzler Schröder gewählt worden ist. Wir sagen: Er muss seine Politik ändern.

Der DGB hat die SPD im Wahlkampf unterstützt. Sind Sie jetzt enttäuscht?

In gewisser Weise schon. Wir haben eine Politik unter-

stützt, die soziale Gerechtigkeit und Arbeit schafft. Wenn der Kanzler jetzt das Gegenteil machen will, dann gehen wir auf die Straße. Denn eines steht für uns fest: Wir sagen jetzt genau dasselbe wie vor einem Jahr vor den Wahlen. Wir beweisen damit unsere Glaubwürdigkeit. Uns geht es darum, dass die Menschen in Deutschland wirklich soziale Gerechtigkeit erfahren.

Die SPD wirft den Gewerkschaften vor, sie agierten in Deutschland als Reformblockierer. Sehen Sie sich in dieser Rolle?

Nein, im Gegenteil. Wir sehen uns als Menschen, die soziale Errungenschaften verteidigen. Andererseits sagen wir auch: Angesichts der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und des Alterungsprozesses in unserer Gesellschaft brauchen wir neue Antworten. Wir haben eine eigene Reformagenda vorgelegt, und die halten wir für das bessere Konzept.

Sie haben die Gewerkschaften als letztes Bollwerk des Sozialstaates bezeichnet. Kann man denn Ihrer Meinung nach Rot-Grün diesbezüglich völlig vergessen?

Nein. Ich bin ja für jeden dankbar, der sich einreihet. Nur momentan sind wir tatsächlich die einzigen. Ich bin aber sicher, dass einige wieder zur Besinnung kommen werden. Und dann wird dieses Bollwerk auch wieder stärker werden.

Wird es zum Bruch der Gewerkschaften mit der SPD kommen?

Ich bin Vorsitzender unabhängiger Gewerkschaften. Ich will auch keinen anderen Kanzler. Ich will eine andere Politik. Was wir heute machen, ist, wenn man so will, die gelbe Karte zeigen und sagen: Hört auf, kehrt um, werdet wieder vernünftig, dann sehen wir weiter.

Für den Fall, dass die Agenda 2010 durchgeht, haben Sie einen heißen Herbst angekündigt. Was heißt das konkret?

Selbst wenn Schröder auf dem SPD-Parteitag eine Mehr-

heit für die Agenda bekommt, dann ist sie ja noch lange nicht Gesetz. Dann werden wir auf die parlamentarischen Prozesse einwirken. Wenn es dann jedoch zu einer weiteren Steigerung kommt und in Deutschland in Zusammenarbeit mit CDU und CSU eine Politik gemacht wird, die Tarifaufhebung kaputt macht - dann wird es verdammt ernst. Und dann wird es wohl zu Massenprotesten kommen.

Das klingt kämpferisch. Steht denn die Basis hinter Ihnen?

Die jüngsten Veranstaltungen beweisen uns: Wir stehen in der Mitte der Gesellschaft.

Die SPD sagt: Ohne uns geht es sowieso nicht und droht mit der schwarz-gelben Alternative. Nimmt die Partei die Forderung der Gewerkschaften überhaupt noch ernst?

In der SPD setzt zurzeit ein großer Diskussionsprozess ein. Diese Partei ringt um ihren Kurs. Das ist auch gut so für eine demokratische Partei. Ich hoffe, dass sich die richtige Einsicht durchsetzt. Nämlich die, dass eine Volkspartei sicherlich nicht alleine mit den Gewerkschaften und sicherlich auch nicht alleine für die Gewerkschaften Politik machen kann. Dass man jedoch auch nicht gegen sie Politik machen kann.

Trotzdem: Scheitert die Agenda, könnte das das Ende von Rot-Grün bedeuten. Eine CDU-FDP-Regierung wäre sicher keine rosige Perspektive für die Gewerkschaften. Was sagen Sie zur Drohung der SPD, ohne sie würde alles noch viel schlimmer?

Dazu kann ich nur sagen: Ich kann auch Sozialdemokraten nur davor warnen, Selbstmord aus Angst vor dem eigenen Tod zu begehen.

Interview: Danièle Weber

Avis

MINISTRE DES TRAVAUX PUBLICS

ADMINISTRATION DES BATIMENTS PUBLICS

DIVISION DES SERVICES SPECIAUX

AVIS D'ADJUDICATION

Le **mercredi 18 juin 2003 à 10:00 heures** du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St Esprit à Luxembourg, à l'ouverture de la soumission concernant

les travaux d'assainissement de piscine

à exécuter dans l'intérêt du Centre de Logopédie à Luxembourg

Envergue:

dimension du bassin:

8 x 16 m

démontage de l'installation existante pour traitement d'eau

installation complète de traitement d'eau et du réseau hydraulique du bassin

renouvellement de l'hydraulique du fond mobile

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

Le début des travaux de démontage est prévu pour fin juillet 2003.

La durée des travaux est de 50 jours ouvrables.

Les amateurs sont tenus d'introduire leur **candidature écrite** au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à

l'Administration des Bâ-

tements publics

"Soumissions"

Boîte Postale 112

L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration au plutôt le **jeudi 22 mai 2003**.

Les offres qui sont établies sur des bordereaux qui n'ont pas été retirés à l'adresse indiquée ci-avant ne sont pas prises en considération.

Les pièces conformes aux prescriptions des articles 28 et 29 du règlement grand-ducal du 2 janvier 1989 et portant l'inscription: "**Soumission pour l'assainissement de piscine dans l'intérêt du Centre de Logopédie à**

Luxembourg." doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St. Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Luxembourg, le 19 mai 2003

La ministre des Travaux publics

Erna Hennicot-Schoepges

EXAMENS-CONCOURS

AU CENTRE INFORMATIQUE DE L'ÉTAT

Le Centre Informatique de l'État organisera

- **un examen-concours pour l'admission au stage dans la carrière de l'informaticien diplômé.**

Dates: Mardi et mercredi, 15 et 16 juillet 2003.

Diplôme requis: diplôme de

fin d'études secondaires ou de fin d'études secondaires techniques ou diplôme reconnu équivalent.

- **un examen-concours pour l'admission au stage dans la carrière de l'expéditionnaire-informaticien.**

Date: Lundi, 14 juillet 2003.

Niveau d'études requis:

5 années d'études secondaires ou secondaires techniques, division de l'apprentissage commercial ou division de la formation administrative et commerciale ou études reconnues équivalentes.

Les intéressé(e)s, de nationalité luxembourgeoise, voudront adresser leur(s) demande(s) de participation ainsi qu'un curriculum vitae et une copie de leur diplôme, resp. d'une pièce attestant leur ni-

veau d'études, avant le 25 juin 2003 au

Centre Informatique de l'État

Boîte postale 1111

L-1011 LUXEMBOURG.

Dès réception de leur(s) demande(s), le Centre Informatique de l'État fera parvenir aux candidat(e)s le programme détaillé et l'horaire du (des) concours ainsi que les renseignements concernant les autres pièces à produire.

Les épreuves préliminaires en vue du contrôle de la connaissance des trois langues administratives auront lieu le lundi, 30 juin 2003.

Des renseignements supplémentaires pourront être obtenus au tél. 49925 656 ou 49925 694.